

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeitsverbandes

### Verbindungsblatt der Zentral-Krankens- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeitsverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Zeitzeile oder deren Raum berechnet

### Wirtschaft — Gewerkschaft.

Ein Vortrag von Dr.-Ing. Martin Wagner.

#### Die Arbeitskraft als Objekt oder Subjekt der Wirtschaft?

Männer der Arbeit! Vor dem Weltkrieg hattet Ihr den Willen, aber nicht die Kraft, Euch zum Subjekt, zum Herren der Wirtschaft, zu machen. Das Kapital war stärker als Eure Kraft, der Militarismus war stärker als Eure Macht. Kapital und Militarismus waren Sieger über Recht und Moral.

Der 9. November brach Ketten. Der Militarismus lag am Boden. Das Kapital lag am Boden. Recht und Moral erhoben das Haupt. Der Mensch trat in die Mitte, als Herr und nicht als Diener des Kapitals, als Subjekt und nicht als Objekt der Wirtschaft.

Was geschah, und was mußte geschehen? Ein in Ketten erzogener, in Sklavenarbeit Entnerbter trat in das Licht der Freiheit. Mit zitternder, ungeübter Hand ergriff er das Steuer der Wirtschaft. In heller Freude über den Sieg des Rechts und der Moral riß er das Steuer aus dem Kurs des Sklaventums in den Kurs des freien Menschentums. Das Steuer gehörte, aber — die Maschine stand still.

Sie mußte dem neuerstandenen Führer den Dienst verjagen. Mühte, weil ein Ungeübter, im Führerdienst nicht Geschulter, im Kettendienst Gesträfter das Steuer ergriff. Mühte, weil die Maschine für den Kurs der privatkapitalistischen Wirtschaft, aber nicht für den Kurs der Gemeinwirtschaft konstruiert war. Mühte, weil der Wagen der Wirtschaft belastet war mit Hoffnungen und Erwartungen, die wohl am Ziel, aber nicht am Start erfüllt werden konnten.

Der 9. November war eine politische Tat. Die politische Demokratie hatte einen ungeahnten Sieg errungen. Der 9. November war keine wirtschaftliche Tat. Die wirtschaftliche Demokratie hatte eine schwere, allzu schwere Niederlage erlitten. Sozialdemokratie ist eine Einheit aus politischer und wirtschaftlicher Demokratie. Solange die Niederlage des arbeitenden Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet keinen Ausgleich gefunden hat, solange haben wir auch kein Recht, uns der politischen Demokratie zu erfreuen; denn was nützt es, daß der Schaffende das Recht hat, alle 4 Jahre einen Stimmzettel in eine Urne zu werfen, im übrigen aber im Vollgefühl politischer Freiheit von seinen wirtschaftlichen Gegnern am Rande des Abgrundes menschlichen Lebens gehalten wird?

#### II.

Hat die Arbeiterkassette, haben die Stände der schaffenden Kasse- und Handarbeiter am 9. November eine wirtschaftliche Niederlage erlitten? Muß diese Frage erst noch beantwortet werden?

Der Volkswirt Dr. Felix Binner schrieb in der Nr. 511 des „Berliner Tageblattes“: „Die Arbeiterkassette und die Arbeitgeberkassette kämpfen erfolgreich heute nicht mehr um die Durchsetzung ihres wirtschaftlichen Weltanschauungs- und Weltbildungsideals. Sie haben, gedrängt durch eine übermächtige Gegenentwicklung, den Kampf um die Sozialisierung innerlich längst aufgegeben und räumen in dieser Hinsicht auch äußerlich eine Schanze nach der andern.“

Aber bedarf es erst dieses Kronzeugen aus dem privatkapitalistischen Lager, um den Rückzug der Arbeitskraft vor dem Privatkapital zu dokumentieren? Was sagt der Familienvater, wenn er Lohn und Gehalt empfängt, was sagt die Hausfrau, wenn sie mit beschränktem Wirtschaftsgeld ihre Einkäufe macht und täglich sehen muß, daß die steigenden Preise das Einkommen aus Lohn und Gehalt enteignen? „So kann es nicht weitergehen!“ sagt das Proletariat. „So kann es nicht weitergehen!“ sagen die Politiker, sagt die Reichsregierung, sagen die Stadtväter, sagen Gewerkschaften und Volkswirte. Die politische Demokratie sagt: „So kann es nicht weitergehen!“ Die

Diktatoren der Wirtschaft aber sagen: „So muß es weitergehen!“

Wie muß es weitergehen?

Männer der Arbeit! Ich will Euch hier keine langatmige Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaft geben. Nur ein Schlaglicht mag den Weg beleuchten, auf den das arbeitende Volk durch die Diktatur der Wirtschaft gedrängt wird. Der Berliner Maurer hatte vor dem Kriege einen Stundenlohn von 82  $\frac{1}{2}$ , heute hat er einen Stundenlohn von 82 M. Was der Berliner Maurer sich heute für 82 M. kaufen kann, das konnte er sich im Jahre 1914 für 53  $\frac{1}{2}$  kaufen. So wie der Maurer, der heute noch den relativ höchsten Lohn erhält, so ist — trotz Revolution, trotz politischer Demokratie — jeder Hand- und Kopparbeiter, der vom Lohn und vom Gehalt lebt, um 40 und mehr Hundertteile seines Friedens Einkommens enteignet worden.

#### III.

Der „Simplifizismus“ brachte im Mai dieses Jahres eine Zeichnung von Olaf Gulbranson, in der eine Gruppe hart arbeitender Werkmänner dargestellt wurde, die einem aufschauenden fatten Bürger ein Rästel waren. Unter diesem Bild stand der Satz: „Die Leute arbeiten den ganzen Tag, ich möchte bloß wissen, wann die Geld verdienen?“

Sie sollen kein Geld verdienen, so wollen es die Herren der Wirtschaft, und so wünschen es die Volkswirte, die die deutsche Wirtschaft nur dann gerettet sehen, wenn dem, der hat, gegeben, dem aber, der nicht hat, genommen wird. Die deutsche Wirtschaft krankte daran, daß der Konsum die Produktion übersteigt. Vermehren wir den Konsum und steigern wir die Produktion, dann muß die Wirtschaft wieder in das Gleichgewicht gebracht werden können, das vor dem Kriege bestand. Diese Diagnose ist unanfechtbar. Anfechtbar, ja, verwerflich vom moralischen und vom ökonomischen Standpunkt sind aber die Mittel, die das Privatkapital für die Heilung der Wirtschaft anzuwenden gedenkt. Noch vor Jahresfrist hätte auch das Privatkapital es nicht gemagt, den Gedanken auszusprechen, daß das schaffende, im Reallohn und Realgehalt enteignete Volk noch weitere Entbehrungen tragen und noch mehr Lebenssubstanz hergeben müsse, damit das Gleichgewicht der Wirtschaft hergestellt werde. Die Praxis der Wirtschaft, die Praxis der Gesetzgebung war in den letzten beiden Jahren nichts anderes als eine Kette von Angriffen gegen die Arbeitskraft und gegen das Existenzminimum des arbeitenden Volkes. Heute indessen hat man schon den Mut gefunden, den Raub am Reallohn und am Realgehalt ökonomisch zu begründen.

Männer der Arbeit! Euer Feind steht nicht nur auf dem äußersten rechten Flügel der politischen und wirtschaftlichen Führer. Es ist ein unzweideutiges Zeichen für die strategische Lage Eures Existenzkampfes, daß ein Bekenner der politischen Demokratie, der Volkswirt Dr. Vogelstein, in der Sitzung der Sozialisierungskommission vom 8. Oktober 1921, „ohne Gefühls- und ohne sehr starke (!) Berücksichtigung der höchsten ethischen Grundsätze“, wie er selbst von sich sagte, folgende Sätze aussprechen durfte: „Heute geht es nicht anders, als daß die Schichten, die die kleineren Einkommen haben, auf dem Existenzminimum gehalten werden.“ „Wenn mir einmal zugestanden worden ist, und mit Ausnahme von Herrn Dr. Kuehnstki ist das geschehen, daß die Notwendigkeit der Kapitalbildung einer der allerwichtigsten Punkte für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft darstellt, so ist die Herabdrückung und Herunterhaltung der unteren Klassen auf dem Existenzminimum zu fördern.“ (!) „Dies spreche ich mit der äußersten Härte und Schärfe aus.“ „Nur indem wir zu einer Lebenshaltung zurückkommen, die weit unter derjenigen ist, die der deutsche Arbeiter nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch schon in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege gehabt hat, wird es möglich sein, die Dinge überhaupt so anzupacken, daß wir mit einer genügenden Kapitalbildung rechnen können.“ „Wir müssen auf alle möglichen Kreise in dieser Richtung zu wirken

versuchen, wozu auch die entsprechende Beeinflussung der Gewerkschaftsführer und der den Arbeitern nahe stehenden Personen ebenso gehört, wie eine entsprechende Auffassung der Regierungsgorgane.“

Ich hätte die Äußerungen dieses Vertreters der demokratischen Partei und der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht für wichtig genug gehalten, um sie zu zitieren, wenn ich nicht wüßte, daß das Privatkapital seit Jahr und Tag nach diesem Rezept praktisch arbeitet, und wenn ich nicht wüßte, daß „den Arbeitern nahe stehende Personen“ und die maßgebenden Regierungstellen seine Ueberzeugung zu teilen beginnen. Wie wäre es sonst erklärlich, daß Sozialisten, ich bezeichne sie als Ulsteins-, Stinnes- und Literatur-Sozialisten, sich öffentlich gegen den Achtstundentag einsetzen und daß die Industrie, wie in dem Metallarbeiterstreit, den Mut aufbringt, gegen den Grundgedanken des Achtstundentages zu kämpfen. Ich sage gegen den Grundgedanken, weil der süddeutsche Metallarbeiterkampf von den Industriellen nicht um eines wirtschaftlichen, sondern um eines grundsätzlichen Erfolges willen geführt wurde.

#### IV.

Männer der Arbeit! Das Privatkapital hat durch die Praxis sowohl die Theorie der Arbeit als der Weg klar beleuchtet, den es Euch führen will. Ehedem wartet Ihr Objekt der Wirtschaft. Nach der Revolution wolleth Ihr den Menschen in die Mitte stellen und ihn zum Subjekt der Wirtschaft machen. Die Entwicklung des wirtschaftlichen Geschehens ging einen andern Weg. Ihr seid heute mehr denn je Objekt der Wirtschaft! Ja, Ihr sollt einen Lebensweg geführt werden, wie Ihr ihn vor dem Kriege nicht gefannt habt. Mich dünkt, daß nicht nur Eure wirtschaftliche Existenz, mehr noch eine jahrzehntelange Erfolgsarbeit, die ungeheure materielle und moralische Opfer gekostet hat, auf dem Spiele steht, wenn dem Vorbringen des Privatkapitals nicht ein Damm entgegengesetzt wird. Die erste Schlacht im Kampfe mit dem Privatkapital hat die organisierte Arbeiterkassette schon kurz nach der Revolution verloren. Das zweite Treffen hat für die Arbeiterkassette mit dem Verlust der Hälfte der wirtschaftlichen Existenz geendet. Das dritte, vielleicht entscheidende Treffen steht bevor. Es geht um die weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage. Es geht um die Beseitigung des Achtstundentages, und es geht um die Beseitigung der wirtschaftspolitischen Rechte, die sich die Lohn- und Gehaltsempfänger nach dem 9. November erkämpft haben.

Es ist an der Zeit, daß wir die Schwäche unserer Position erkennen. Es ist auch an der Zeit, daß wir die Fehler erkennen, die die Masse wie die Führerschaft im Wirtschaftskampf nach der Revolution gemacht haben. Unsere Schwächen und unsere Fehler und das klare Ziel, das wir zu verfolgen haben, müssen uns neue Wege des Erfolges weisen und die Taktik des Kampfes bestimmen, die in der gegenwärtigen Lage der Arbeiterkassette auf Verteidigung und auf Angriff eingestellt werden muß, wenn wir nicht auch die letzte Stellung erworbenen Ansehens und erworbenen Rechtes räumen und schließlich auf Jahrzehnte hinaus das Vertrauen zu eigener Stärke und selbstlicher Handlungsfreiheit einbüßen wollen.

(Fortsetzung folgt.)

### Die Gewerkschaftsbank.

Dem Gewerkschaftskongress in Leipzig lagen mehrere Vorträge vor, die sich mit der Anlage und Unterbringung der Gewerkschaftsgelder befaßten. Unter diesen Vorträgen war nur einer, der die Gründung einer reinen Gewerkschaftsbank anstrebte. In allen anderen Vorträgen wurde auf eine gemeinsame Bankverbundung mit den Konjunktionsgesellschaften hingewiesen. Alle Antragsteller gingen von dem Gedanken aus, die Gelder der Gewerkschaften möglichst den Privatbanken zu entziehen, den Kapitalismus auch dadurch zu bekämpfen, daß man ihm sowohl die Gelder vorenthält, die die Gewerkschaften zeitweilig als Reserven für Kampfwende zurücklegen können, als auch jene Gelder, die von den einzelnen Arbeitern heute den Sparkassen zugeführt werden. Die Idee ist an sich gut, wenn auch ihre Durchführung nicht so einfach sein

wird, wie sich einzelne Antragsteller das vorgestellt haben mögen. Aber Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden.

Bei den Genossenschaften haben die Gewerkschaften keine Gegenliebe gefunden. Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine in Berningerode hat die gemeinsame Gründung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Arbeiterbank abgelehnt. Das wird manchem Arbeiter unbegreiflich erscheinen, da er doch weiß, daß alle Genossenschaften bei der heutigen Geldentwertung über Mangel an liquiden Mitteln klagen. Mancher Arbeiter wird annehmen, daß die Gewerkschaften den Genossenschaften nur dann willkommene Helfer sind, wenn es sich um die Mitgliederwerbung handelt. Daß man so urteilen, wenn man die Gründe der Genossenschaften würdigt? Diese sagen, daß die Gründung der gemeinsamen Bank es notwendig mache, die jetzige Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft aufzugeben. Nun ist diese Bankabteilung streng genommen keine Bank. Sie ist eine Einrichtung zur Geldeinziehung der Konsumvereine, die so gewissermaßen einen Vorstoß auf künftige große Warenkäufe eingahen. Natürlich läßt die Großverkaufsgesellschaft die eingezahlten Gelder nicht ruhig im Tresor liegen, sondern sie verwendet sie entweder zum Wareneinkauf oder läßt sie bankmäßig arbeiten, um Gewinne zu erzielen. In den letzten Jahren haben nun einige Gewerkschaften ebenfalls ihre Gelder bei der Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft untergebracht. Gemeinsam haben beide auch die Volksfürsorge-Versicherungsgesellschaft gegründet. Eine geschäftliche Verbindung zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften besteht demnach schon.

Die Volksfürsorge hat alljährlich große Ueberschüsse, die zum Teil auch wieder durch die Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft gehen. Daraus zieht die Großverkaufsgesellschaft natürlich einen Vermittlungsgewinn, der somit indirekt der Konsumgenossenschaftsbewegung zugute kommt. Die Ueberschüsse der gemeinsamen und die Gründung einer besonderen Gewerkschaftsbank bringt natürlich mit sich, daß die Volksfürsorge zukünftig mit der letzteren und auch mit der Großverkaufsgesellschaft zu arbeiten hat. Wird das ein Vorteil sein?

Die Genossenschaften lehnten auch ab, weil nach ihrer Ansicht die Gewerkschaftsbedingungen unter Umständen etwas möglich zurückverlangt werden könnten. Zum Beispiel bei großen Streiks und Ausperrungen. Dadurch könnte die Bank gefährdet werden. Der Gewerkschaftstongress hat nun die oben erwähnten Punkte dem Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes überwiehen, der sich bereits mit der Beratung befaßt und die Gründung einer Gewerkschaftsbank beschlossen hat, zunächst mit einem Kapital von 100 Millionen Mark. Dieser Beschluß beweist, daß im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde die Bestrebungen der Genossenschaften nicht geleitet werden.

Für uns Bauarbeiter, hat nun diese Neugründung noch eine besondere Seite. Unsere sozialen Baubetriebe haben im letzten Jahre bereits für etwa 470 Millionen Mark Bauaufträge ausgeführt. Wenn ihre Entwicklung in dem bisherigen Tempo weitergeht, so werden sie in wenigen Jahren, ohne Berücksichtigung des Kurstanzes der Mark, den Wert ihrer Bauausführungen um ein Vielfaches vermehren. Sie brauchen natürlich ständige Neubankverbindungen. Heute sind sie vielfach auf die privatkapitalistischen Banken angewiesen, die natürlich um des Gewinnes willen mit ihnen arbeiten. Dadurch werden die Baubetriebe, die wir mit der Gründung unserer Betriebe verfolgen, zum Teil aufgehoben. Wenn unsere sozialen Baubetriebe nun mit der Gewerkschaftsbank in Verbindung treten, dann werden auch die in ihnen arbeitenden Gesdmmten den privatkapitalistischen Genossenschaftsbanken entzogen. Mit andern Worten: Das Privatkapital wird außerhande gestellt, sich einen Teil des Wertes, den unsere in den sozialen Baubetrieben arbeitenden Kollegen erarbeiten, angueignen!

Die Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft wird dadurch allerdings einen großen Schaden verlieren. Wer wir haben schon längst den Eindruck, als ob man dort gewissermaßen nach Existenzstreit strebt, als ob an der Kundenschaft der Gewerkschaften im allgemeinen nicht viel gelegen ist. Abernfallfalls hätte man vielleicht auch nach den Gründen gesucht, die eine gemeinsame Bank rechtfertigen. Es wäre doch merkwürdig, wenn das was in andern Ländern möglich ist, bei uns nicht möglich sein sollte. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Ueber den Wert einer Gewerkschaftsbank oder richtiger einer Arbeiterbank schrieb Wilhelm Zschaff, der Geschäftsführer unserer Bauhütte Gera in der 'Sozialistischen Genossenschaft' einen sehr lehrreichen Artikel. Für die Schaffung eines Grundfonds für diese Bank schlägt er die Einföhrung eines besonderen Beitrages vor. Er berechnet, daß bei 8 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und bei einem Durchschnittsbeitrag von 50 M jährlich 400 Millionen Mark und in 10 Jahren 4 Milliarden aufgebracht werden könnten. Außerdem sollen selbstverständlich die Gewerkschaften, Genossenschaften, andere Arbeitervereinigungen und auch einzelne Arbeiter ihre zeitweilig nicht zu verbrauchenden Gelder als Spareinlagen einzahlen. Das so zusammenstehende Geld soll dann den Konsum- und Produktionsgenossenschaften, Bauhütten, Zeitungsdruckereien usw. zu niedrigem Zins zur Verfügung gestellt werden. Diese Arbeiterbank hätte dann den gesamten Geldverkehr der Arbeiterbewegung zu übernehmen und alle Unternehmungen der Arbeiter in ihrer Geschäftstätigkeit sorgfältig zu kontrollieren und zu finanzieren. Diese Bank könne ferner mit ähnlichen Banken in andern Ländern in Verbindung treten. Neben einer Zentralstelle müßten überall, wo es angebracht sei, Zweigstellen errichtet werden unter Anleitung an die bestehenden Konsumvereine. Der Verfasser des Artikels hat recht, wenn er den Beitrag von 50 M jährlich nicht als ein Opfer, sondern als ein geschicktes geldwechnisches Manöver ansieht, das dazu dienen kann, das Machtinstrument Kapital nach und nach in die eigenen Hände zu bekommen.

Vorkäufig ist ja nun durch den ablehnenen Beschluß des Genossenschaftstages ein Teil dieses Planes hinjänglich geworden. Die Gewerkschaften werden also zeigen müssen, daß sie die Neugründung alleine vorbringen und aufrechterhalten können. An dem einzelnen Gewerkschaftler aber liegt es, ob der große Erfolg, den Zschaff voraussieht, bald Wahrheit wird. Jede Mark, die wir dem privatkapitalistischen Einfluß entziehen, verringert den Grad der Ausbeutung der Arbeiterchaft!

\*\*\*\*\*

Verbandsmitglieder!

Werbt für baugewerbliche Sozialisierung! Unterstützt die sozialen Baubetriebe! Sorgt für Betriebsmittel! Taufende von Bauarbeitern aller Berufe können sie dauernd beschäftigen, wenn die Bauarbeiter sie durch ihre Solidarität unterstützen.

Erwerbt Schuldscheine des Verbandes sozialer Baubetriebe! Sie sind durch die Vereinskleitungen, durch Vermittlung der Bauhüttenbetriebsverbände, lautend auf 100 M. und 300 M., zu beziehen. Sie sind für 5 Jahre unkündbar und werden vom Verband sozialer Baubetriebe mit 4% jährlich verzinst.

Das Unternehmertum organisiert den Kampf gegen unsere Bauhütten. Dem müssen die Bauarbeiter, ja alle Gewerkschafter die Macht ihrer Massengemeinschaft entgegensetzen. Dann wird die baugewerbliche Sozialisierung marschieren, ihren privatkapitalistischen Feinden zum Trost.

\*\*\*\*\*

Stundenlöhne in den Großstädten Ende Juli 1922.

(M = Maurer, H = Hilfsarbeiter, T = Tiefbauarbeiter, St = Stukfateure, Fl = Fliesenleger.)

Table with columns: Ort, M, H, T, St, Fl. Lists hourly wages for various cities like München, Augsburg, Berlin, etc.

Table with columns: Im Durchschnitt, Ende Juli 1922, Ende Juni 1922, Ende Mai 1922, Ende April 1922, Ende Dezember 1921. Shows percentage changes in wages.

Für die Orte Chemnitz, Dresden, Leipzig und Blauen gelten die hier aufgeführten Löhne der Maurer, Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter seit dem 21. Juli, für die heftigsten Orte Gassei, Frankfurt a. M. und Mainz sowie für Stuttgart seit dem 27. Juli. Vor dem 21. oder 27. Juli war der Maurerlohn (Zulohn) in Dresden, Leipzig, Blauen, Gassei, Frankfurt und Mainz 4 M geringer, in Chemnitz 6 M und in Stuttgart 8 M. In Danzig befanden sich unsere Kollegen seit dem 9. Juni in Streik. Dieser ist nun am 1. August für beendet erklärt. Die Stundenlöhne betragen jetzt in Danzig für Maurer 33,75 M, für Bauhilfsarbeiter 22,50 M, für Tiefbauarbeiter 31,65 M. Ueber weitere Lohnvereinbarungen für August ist uns aus folgenden Großstädten etwas bekannt geworden: In den Großstädten des Freistaates Sachsen erhoben sich die Löhne vom 4. August an um 2 M, in den heftigsten Großstädten vom 10. August an um 4 M, und in Stuttgart vom 16. August an ebenfalls um 4 M. Die Stukfateure in Stuttgart erhalten vom 17. August an eine Zulage von 4,40 M, für den Freistaat Sachsen, ausgenommen Chemnitz, für den Lohnunterschied zwischen Facharbeiten und Hilfs- und Tiefbauarbeitern jeweils 5 % betragen. In Berlin beträgt der Stundenlohn vom 1. August bis zum 14. August für Maurer 42 M, für Hilfsarbeiter 39,90 M, und vom 15. August an 45 M für Maurer, 42,90 M für Hilfsarbeiter. In Hamburg beträgt der Stundenlohn vom 1. bis zum 15. August für Maurer 47,50 M, für Hilfs- und Tiefbauarbeiter 45,70 M, und vom 16. August an 51 M für Maurer, 49 M für Hilfs- und Tiefbauarbeiter. In Kiel und Lübeck erhoben sich die Zulöhne am 1. August für Facharbeiter um 4,70 M, für Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter um 4,60 M; für die Zeit vom 16. bis zum 31. August ist für sämtliche Arbeitnehmer des Holz-, Beton- und Tiefbaugewerbes eine weitere Lohnsteigerung von 2,50 M fündlich vereinbart. In Mannheim-Ludwigshafen werden die Löhne für alle über 19 Jahre alten Bauarbeiter vom 1. August an um 8,50 M auf 46 M für Maurer und 42,05 M für Hilfs- und Tiefbauarbeiter erhöht. In Breslau beträgt der Stundenlohn vom 1. August an 41,05 M für Maurer, 39 M für Hilfsarbeiter, 37,85 M für Tiefbauarbeiter. In Stettin beträgt der Stundenlohn vom 1. August an für Maurer 41,30 M, für Hilfsarbeiter 40,50 M, für Tiefbauarbeiter 37 M; in Erfurt von dem 8. August beginnenden Lohnwoche an für Maurer 42 M, für Hilfs- und Tiefbauarbeiter 41,25 M; in Aachen, Wermens-Gierfeld, Düffeldorf, Köln und Crefeld wird der Facharbeiterlohn um 8 M auf 46 M, und vom 16. August an um weitere 4 M auf 50 M erhöht, der Stundenlohn der Hilfs- und Tiefbauarbeiter ist 4 bis 5 % geringer. In Braunschweig und Hannover werden die Löhne vom 1. August an, in Bremen vom 31. Juli an respektive nach Wiederaufnahme der Arbeit erhöht. Sie betragen dann in Braunschweig für Maurer 42,70 M, für Hilfsarbeiter 41,70 M, in Hannover für Maurer 43 M, für Hilfsarbeiter 41,50 M, für Tiefbauarbeiter 41 M; in Bremen für Maurer 43 M, für Bauhilfsarbeiter 41,75 M.

Der rajende Sturz der Mark hat die Teuerungsziffern in den letzten Wochen derart stark in die Höhe getrieben, daß die Löhne nur mehr für halbmonatige Fristen festgesetzt werden können. Vor einem Jahre konnte man noch von einer Preisänderung zur andern mit zweimonatigen und längeren Zeiträumen reden. Im Juli 1921 betragen die Stundenlöhne in den großstädtischen Wohngebieten durchschnittlich für Maurer 7,10 M, für Hilfsarbeiter 6,85 M, für Tiefbauarbeiter 6,67 M. Seitdem sind die Löhne somit um das Fünffache gestiegen, seit Ende 1921 um das Dreifache. Die Teuerung seit den Löhnen immer weiter voranz, die Preise zahlreicher lebensnotwendiger Artikel haben das 70-, 80-, ja selbst 100fache gegenüber der Vorzeit erreicht. Dagegen haben die Löhne noch nicht das 50fache erreicht. So betrug beispielsweise das wöchentliche Einkommen der Maurer, vorausgesetzt volle Beschäftigungsmöglichkeit, durchschnittlich im Juli 1914 in den Großstädten 35,27 M, im Juli 1922 bei Berücksichtigung der verkürzten Arbeitszeit 1705,75 M. Die Steigerung des Wochenverdienstes beträgt demnach nur das 44,5fache. Die Preissteigerung für Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes über Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats Juli auf 4980 gestiegen, gegenüber 2779 im Juni. Die Steigerung ist diesmal außerordentlich groß; sie beträgt 82 % gegen 9,2 % vom Mai auf Juni. Die Preissteigerung für Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli auf 68,56 gleich einer Steigerung von 35,5 % gegenüber dem Vormonat. Die Steigerung der Löhne beträgt nicht ganz 25 %, und das, obwohl wir bei einer Reihe von Orten die Löhne eingestrichelt haben, die nur wenige Tage am Ende des Monats Juli gezahlt wurden.

Unter dem Mißverhältnis zwischen Lohn und Teuerung leiden besonders die Kollegen in solchen Orten, wo in den letzten Jahren infolge ungewöhnlich hoher Bautätigkeit die Löhne nicht hochzubringen waren. Wir haben schon einmal auf München hingewiesen. Nur unter schweren Kämpfen konnten dort die Löhne etwas gebessert werden, sie stehen heute noch weit hinter dem Durchschnittslohn für Großstädte. Ueber Königsberg und Erfurt hat München mit Augsburg und Hannover die niedrigen Löhne, München steht mit seinen Löhnen heute unter den großstädtischen Wohngebieten an 88. Stelle, während es vor dem Kriege an 7. Stelle stand. Wieviel wird angenommen, daß die Lebensverhältnisse in Bayern allgemein günstiger seien als anderswo. Das ist falsch. Selbst in rein ländlichen Gebieten werden dort die Lebensmittelpreise durch den starken Fremdenverkehr sehr verteuert, in diesem Jahre noch besonders durch die Getreideknappheit in München und die Oberammergauer Passionsspiele. Die nicht geringe Zahl valutarer Arbeiter treibt die Preise in die Höhe. Darunter hat die bayerische Arbeiterchaft, besonders in den Städten, sehr zu leiden. - Unser Kollege Döbler, München, hat neuerdings an Hand amtlicher Teuerungszahlen Berechnungen angestellt über das Verhältnis von Einkommen eines Münchner Maurers und Ausgaben für den Lebensunterhalt. Im Juli 1914 betrug der wöchentliche Maurerlohn 72 M, mal 56 Stunden gleich 40,32 M, gegen Ende Juni 1922 26,60 M mal 46 Stunden gleich 1229,60 M und 1472,- M im Juli. Nach den vom bayerischen Statistischen Landesamt ermittelten Preisen für Nahrungsmittel und den vom Kollegen Döbler errechneten Kosten für die sonstigen Lebensbedürfnisse (Miete, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Versicherungsbeiträge, Steuern usw.) betrug der im Juni erforderliche wöchentliche Kostenaufwand für ein sogenanntes Existenzminimum einer fünfköpfigen Familie in München wöchentlich 2018,02 M und im Juli 2754,59 M. Zwischen Lebenshaltungskosten und Wochenlohn bestand demnach ein sehr beträchtlicher Mangel von 794,42 M, im Juli von 1282,59 M. Um nur das Existenzminimum zu erreichen, hätte der Stundenlohn des Münchner Maurers bereits im Juni 49,87 M und im Juli 59,88 M betragen müssen. Er betrug im Juni 26,60 M und erst im Juli 32 M. An diesem einen Beispiel - und es ist noch lange nicht das ungnügigste - ist zu erkennen, wie groß und von Tag zu Tag fühlbarer die Not der Arbeiterchaft ist. Auf der andern Seite führen gewisse Rechte, die ihre Schätze meist in gewisslosenoffener Weise aus der Volksgemeinschaft gezogen haben, ein Profiteuren. Sie müssen mehr als bisher auch solidarischen Haltung und zum Mittragen der Lasten des Staates herangezogen werden. Die deutsche Arbeiterchaft darf sich nicht kampflös einem Chaos nach österreichischem

\* 20%ne tn der ersten Monatshälfte.

Muster gutreiben lassen. Aufschien wir dem Abgrunde so weiter zu wie in den letzten Wochen, dann kann man als Bauarbeiter nur mit Grauen den kommenden Herbst- und Wintermonaten mit ihrer Arbeitslosigkeit entgegensehen.

Vierzehnter Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Vom 9. bis 14. Juli tagte in Frankfurt a. M. der 14. Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Es nahmen an ihm teil 14 Abgeordnete, 8 Vorstandsmitglieder, die Delegierten- und Gewerkschaften sowie eine Reihe in- und ausländischer Gäste.

Arbeitsmarkt.

In Chemnitz will die Firma Böttger & Co. 12 Kesselmaurer sofort einstellen, für längere Zeit dauernde Arbeit. In Clausnitz finden 10 Maurer beim Baumeister Hellmuth dauernde Beschäftigung.

In Velden i. d. M. sucht Maurermeister B. Brandt Maurer für dauernde Arbeit. Der Stundenlohn beträgt bis zum 14. August 42 M., von da an 45 M.

In Wolfenbüttel sucht das Baugeschäft F. Rahreit & Sohn ebenfalls noch 10 bis 15 Maurer für längere Zeit dauernde Arbeit. Stundenlohn 41,75 M. Für Unterkunft ist gesorgt.

Berichte.

Bezirk Frankfurt. Durch das in der vorigen Nummer des „Grundstein“ veröffentlichte Verhandlungsergebnis vom 26. Juli wurden die Spannungen zwischen den Löhnen in den einzelnen Lohngruppen bedeutend erweitert.

Table with 5 columns (I, II, III, IV-V) and 10 rows listing professions like Maurer, Zimmerer, etc., with corresponding wage values.

In der Zeit vom 27. Juli bis zum 9. August einschließlic waren die Stundenlöhne der vorgenannten Berufe in allen Lohngruppen um 4 M. niedriger.

Bezirk Köln. Am 3. August hat das Bezirkslohnamt für Beton-, Hoch- und Tiefbau zur Neuregelung der Löhne folgenden Schiedsspruch gefaßt:

- 1. Die Löhne der Facharbeiter im Baugewerbe werden in allen Bezirken erhöht um 8 M. ... 2. Die Tiefbauarbeiter sollen denselben Zuschlag erhalten, wie die Bauhilfsarbeiter, die tatsächliche Differenz soll sich nicht verringern.

Merseburg. (Schwarze Listen.) Auf der Baustelle der in Röhrsdorf (Weißthal) belegenen Grube „Otto“, ausführende Firma Döring & Lehmann W.-G., waren die Bauarbeiter um eine Verbesserung ihres Lohnkontums bemüht.

Neutlingen. (Quartalsbericht.) Das letzte Quartal stand im Zeichen der Lohnbewegungen, von denen wir hier in verhältnismäßig kurzer Zeit erzählen möchten.

dem Maurerlohn. In Tübingen beruhten die Gipsermeister weniger als den tariflichen Lohn auszubekommen. Durch Verhandlungen vor dem dortigen Gewerbeamt war es möglich, auch da den im Tarifvertrage festgesetzten Lohn durchzudrücken.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Dänemark.

Warnung vor Zuzug nach Nordschleswig (Süd-Jütland). Der dänische Maurerverband ersucht uns, bekanntzugeben, daß die Zuzugswarnung sich nicht nur über Hadersleben erstreckt, sondern über ganz Nordschleswig.

Vom Bau.

Cassel. Am 29. Juni führte der Kollege Fülling an dem Umbau des Kornmagazins, Ecke Fienburg- und Welfenstraße, etwa 8 m tief ab und erricht jähmre Verleierungen am Kopf und an Ränden.

Dresden. Bei der von der Bauarbeiterfachkommission veranstalteten Bautenkontrolle wurden angetroffen: in der Stadt Dresden 115 Bauten, in der Amtshauptmannschaft Dresden N. 60 Bauten, in der Amtshauptmannschaft Dresden A. 50 Bauten, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 27 Bauten und in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde 51 Bauten, insgesamt 813 Bauten.

Bei 61 Fällen die Unfallverhütungsvorrichtungen fehlten. Auf 223 Bauten stellten die Zimmerer die Gerüste her und auf 30 Bauten die Maurer und Bauhilfsarbeiter. Von 153 Aufgehäuften waren 148 genügend beschwert und verbleit. Nur 30 Bauten hatten unter den Arbeitsgerüsten vollständig abgedeckte Schutzgerüste.

